

Sonstiger Antrag Nr.

Z001

Beantragt von

Yuri

Titel

JuPis als offizielle Jugendorganisation

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Jugendverband <i>Junge Piraten</i> ist die offizielle Jugendorganisation der Piratenpartei Deutschland.

Begründung

Da die Jungen Piraten nicht innerhalb der Partei gegründet wurden, beantrage ich die Anerkennung als Jugendorganisation der Piratenpartei Deutschland. Wir brauchen eine Jugendorganisation, damit wir auch als NGO politisch arbeiten können. Diese hat u.a. mehr Möglichkeiten bei der Beteiligung an Veranstaltungen sowie Werbung, z.B. in Form von Ständen. Außerdem ist das ein Bekenntnis der Partei zu den Jungen Piraten.

Sonstiger Antrag Nr.

Z002

Beantragt von[Flecky](#)**Titel**

AGs als Parteiorgane

Antrag

Es wird beantragt, die Arbeitsgemeinschaften offiziell als Organe der Partei festzustellen und als beratende Gremien zu legitimieren. Die gewählten Koordinatoren der AG's tauschen sich regelmäßig in der ebenfalls anzuerkennenden Koordinatorenkonferenz aus.

Begründung

Die Arbeitsgemeinschaften leisten einen großen Beitrag zur Ausarbeitung der Sachpolitik. Da sie allerdings nicht offiziell anerkannt sind, stehen sie immer wieder vor organisatorischen Schwierigkeiten, wie die Causa AG-Kommission vs. Bundesvorstand gezeigt hat. Um eine effiziente Ausarbeitung der Sachthemen durch die engagierten Arbeitsgemeinschaften zu gewährleisten, sollten sie durch die Piratenpartei legitimiert und entsprechend beauftragt werden.

Sonstiger Antrag Nr.

Z003

Beantragt von

[Idee](#), [BorisK](#)

Titel

Offenlegung von Interna Teil 1

Antrag

Der BPT 2010.1 möge beschließen, dass

- nach Abschnitt A: Grundlagen § 4 Absatz 2 der Bundessatzung zu Verschlussachen erklärte Interna von diesem Status befreit werden.
- nach Abschnitt A: Grundlagen § 4 Absatz 2 der Bundessatzung die Verschwiegenheit über Verschlussachen nicht mehr zu wahren ist,

Begründung

Kann man einen Vorstand entlasten, wenn man von den zu Verschlussachen erklärten Interna keine Ahnung hat? Will sich ein neuer Vorstand wählen lassen, wenn er die Verschlussachen nicht vorher kennt? Da die Interna in der Bundessatzung nicht definiert sind, kann man darunter alles Mögliche verstehen, auch Verträge, die zu Lasten des PIRATEN Vermögens getätigt wurden.

Kann man einem Amtsträger noch trauen, wenn Einzelheiten einer Interna über die Verschwiegenheitspflicht hinaus durchsickern und z.B. Schatzmeister oder Vorstandsvorsitzende dadurch zu einem bestimmten Handeln "bewogen" werden können?

(siehe [SÄA Streichen von Interna](#))

Sonstiger Antrag Nr.

2004

Beantragt von[MichaelG](#)**Titel**

Paragrafen der Satzung durchgehend nummerieren

Antrag

Ich beantrage, die Paragraphen der Satzung durchgehend zu nummerieren. Bisher beginnt jeder Abschnitt der Satzung (Grundlagen, Finanzordnung, Schiedsgerichtsordnung) wieder bei §1. Stattdessen soll der §1 der Finanzordnung zu §16 werden, §2 der Finanzordnung zu §17 usw. Die internen Verweise innerhalb der Satzung müssen dann auch an die neue Nummerierung angepasst werden.

Begründung

Die derzeitige Nummerierung ist zu unpraktisch und verwirrend. Das können wir besser.

Sonstiger Antrag Nr.

2005

Beantragt von[Idee, BorisK](#)**Titel**

Offenlegung von Interna Teil 2

Antrag

Der BPT 2010.1 möge beschließen, dass

- der BPT bis zum nächsten BPT Einsicht und Kenntnisnahme über alle Interna bekommt, die je zur Verschlussache erklärt wurden und
- alle ehemaligen Vorstandsmitglieder (Bund und Land) den aktuellen Bundesvorstand bei der Aufarbeitung und Aufbereitung der Verschlussachen aktiv unterstützen, soweit sie mit den jeweiligen Interna zu tun hatten.

Begründung

Gemeint sind auch Interna, die (nur) für eine gewisse Zeit Verschlussachen waren und dann von diesem Status wieder befreit wurden; eben alle interna. Kann man einen Vorstand entlasten, wenn man von den zu Verschlussachen erklärten Interna keine Ahnung hat? Will sich ein neuer Vorstand wählen lassen, wenn er die Verschlussachen nicht vorher kennt? Da die Interna in der Bundessatzung nicht definiert sind, kann man darunter alles Mögliche verstehen, auch Verträge, die zu Lasten des PIRATEN Vermögens getätigt wurden. (siehe [SÄA Streichen von Interna](#))

Sonstiger Antrag Nr.

2006

Beantragt von

Ron

Titel

Grundeinkommen

Antrag

Der Bundestag möge folgende Aussage treffen:

Die PIRATEN sprechen sich für die schrittweise Einführung eines Grundeinkommens aus, das

- die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellt,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wird und
- keinen Zwang zur Arbeit bedeutet.

Ein Grundeinkommen soll perspektivisch die Vielzahl von Transferleistungen durch ein übersichtlicheres und transparenteres System mit weniger Verwaltungsaufwand vereinen.

Die PIRATEN entwickeln ein eigenes Konzept zur Umsetzung und dessen Finanzierung, das volkswirtschaftlich tragbar ist.

Begründung

Ausgangslage

Durch unser Erfolgsmodell der Arbeitsteilung mit Hilfe neuer Technologien und daraus resultierender Automatisierung wird Erwerbsarbeit zunehmend knapper und es ist eine Vollbeschäftigung zukünftig immer unrealistischer. Die verbliebene menschliche Arbeit bedarf hoher Qualifikationen. Heute sind nur rund 26 Millionen (ca. 31% der Bevölkerung) sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Diese finanzieren zu etwa 40 Prozent durch Steuergelder die sozialen Sicherungssysteme. Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung und befristeter Jobs haben in den letzten Jahren stark zugelegt. Dadurch ist oft kein Einkommen zu erzielen, das die Existenz sichert. Die Veränderung des Arbeitsmarktes und der demografische Wandel überfordern die Sozialsysteme und es bedarf eines Systemwechsels.

Veränderte Welt

Seitdem 17.11.1881, als Otto von Bismarck den Aufbau einer Arbeitnehmersicherung in Deutschland offiziell eingeleitet hat, hat sich viel verändert. Jahrzehntlang gehen die Beiträge nach oben und die Leistungen nach unten. Mit dem Hartz-Konzept wurde der Versuch unternommen darauf zu reagieren. Die Regierung hat allerdings dabei eine Fehleinschätzung zur Grundlage gemacht, dass für Jeden ein Erwerbsarbeitsplatz verfügbar wäre, der ein Auskommen sichert. Außerdem sind die Hartz-IV-Reformen so schlecht umgesetzt, dass knapp der Hälfte der Klagen stattgegeben

wird und das BVerfG in zwei Urteilen auf nicht verfassungsgemäß entschieden hat.

Intransparenter Staat / Gläserner Bürger

Wer heute in der Situation ist, eine der 153 Transfer-/Sozialleistungen - vorausgesetzt, dass man überhaupt einen Überblick darüber hat - bei den 44 verschiedenen Behörden zu beantragen, muss seine Privatsphäre aufgeben und alle geforderten Informationen und die privaten Umstände preis geben.

Angst und Zwang

Durch den massiven Ab- und Umbau der Sozialsysteme haben viele Arbeitnehmer Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren und üben Tätigkeiten aus, die sie ohne Zwang nicht machen würden. Außerdem wird gefordert, dass Erwerbsarbeit aufgenommen wird, die dem Lohnabstandsgebot nicht genüge getragen wird und da ist es menschlich nachvollziehbar, wenn sich Jemand dem verweigert und sich diesen Zwang versucht zu entziehen.

Gesellschaftliches Engagement

In unserer Gesellschaft sind 23 Millionen Menschen ehrenamtlich tätig und bekommen keine finanzielle Anerkennung, ganz im Gegenteil, weil man erst einer Erwerbsarbeit nachgehen muss, um überhaupt in der Lage zu sein, sich engagieren zu können (auch hier in der Partei).

Bildung

Immer mehr ist die Ausbildung von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig und nicht von den Begabungen und Interessen des Einzelnen. Schon in der Schule werden Entscheidungen mit Hinblick auf zukünftige Karrieren getroffen.

Finanzierungsproblem

Durch die veränderte Alterspyramide werden die Einzahler weniger und Empfänger mehr, außerdem zahlen viele, die über der Beitragbemessungsgrenze liegen, nicht ihrem Einkommen entsprechend ein. Steuerfreibeträge sollen dazu dienen, dass Geringverdiener weniger Steuerlast haben - allerdings profitieren absolut davon die Besserverdiener, die es bedingungslos bekommen.

Systemwechsel

Die Probleme der heutigen Sozialsysteme werden immer deutlicher und ein Wandel wird immer nötiger. Die Einführung eines Grundeinkommens (GE) für Jeden im Lande könnte den Sozialstaat auf neue Beine stellen und eine positive Einwicklung auf viele Bereiche bewirken.

Stärkung der Autonomie

Mit einem GE könnte die Selbstbestimmung jeden Einzelnen steigen, ob bei der Wahl eines Berufes, der ausgeübten Tätigkeit oder für ein Ehrenamt. Keiner muss Rechenschaft gegenüber einem Amt ablegen oder eine evtl. „willkürliche“ Gegenleistung erbringen.

Datensparsamkeit / Bürokratieabbau

Wenn Jeder ein GE bekommt, ist kaum noch eine Bürokratie notwendig (außer für einen Mehrbedarf) und ein gläserner Antragsteller wird überflüssig. Über 8 Millionen Menschen leben von Transferleistungen (ohne Rente), die Mehrzahl davon bräuchte mit einem GE keine persönlichen Angaben mehr zu machen und ein „Schnüffeln“ in der Privatsphäre (incl. „Hausdurchsuchungen“), um eine eheähnliches Verhältnis nachzuweisen, würde entfallen.

Transparenz

Wenn durch ein GE die Ausgangssituation für alle gleich ist und nicht versucht wird durch undurchschaubare Systeme Gerechtigkeit herzustellen, entsteht ein für Jeden durchschaubareres und einfacheres System. Alle haben mit einem GE die gleiche Basis und man muss sich nicht in den vielen Gesetzen auskennen, um zu profitieren. Jeder weiß, dass der andere auch ein GE bekommt.

Freiheit

Mit der Sicherheit durch ein GE bekäme man die Möglichkeit frei die Wahl der Tätigkeit wählen ohne dass der finanzielle Aspekt im Fordergrund steht. Schon bei der Ausbildung finden Kreativität und persönliche Neigungen höhere Bedeutung. Mit einem GE ist man in der Lage „Nein“ zu sagen, wenn die Bezahlung zu gering ist oder Arbeitsbedingungen unverhältnismäßig sind.

Urheberrecht

Ein GE entschärft Urheberrechtskonflikte: Wenn auch alle Urheber über ein GE verfügen würden, wären sie weniger auf Einnahmen nach dem Urheberrecht angewiesen.

Landflucht

Durch die Einführung eines GEs wäre nicht mehr die Notwendigkeit gegeben für eine Erwerbsarbeit den Wohnort zu wechseln und in die Stadt zu ziehen. Ganz im Gegenteil könnten sich Entwicklungen ergeben, dass Menschen wieder das ländliche Leben bevorzugen und es aufgrund der dort steigenden Nachfrage zu Angeboten von Arbeitsplätzen kommt.

Würde

Heute ist es so, dass Viele nicht die Leistung in Anspruch nehmen, die ihnen zusteht - dazu zählen Menschen mit einem geringen Einkommen oder mit einer kleinen Rente. Sie sind aber

entweder zu stolz oder wollen sich vom System nicht entwürdigen lassen, indem sie alle geforderten privaten Informationen offen legen müssen. Wenn Jeder ohne Überprüfung ein GE bekommt, stellt sich die Frage gar nicht - der Nachbar, die Freunde und alle in der Familie haben ein GE, da gibt es kein Grund sich für etwas zu schämen, weil es Jeder hat - völlig unabhängig vom Status.

Grundrechte wahrnehmen

Um seine Rechte in Anspruch zu nehmen, ist es notwendig ein Einkommen zu haben und zwar in ausreichender Höhe, um zum Beispiel die Kosten für die Fahrt zu einem Parteitag zu haben und die politische Beteiligung nicht vom Geldbeutel abhängt. Mit einem GE wäre Jeder dazu in der Lage.

Grundeinkommen (GE) und Grundgesetz (GG)

Laut GG haben alle Menschen ein Recht auf...

- Würde ([Artikel 1.1](#)),
- freie Entfaltung der Persönlichkeit ([Artikel 2.1](#)),
- Leben und körperliche Unversehrtheit ([Artikel 2.1](#)),
- Chancengleichheit für Kinder ([Artikel 6.5](#)),
- freie Berufswahl ([Artikel 12.1](#)),
- Schutz vor Arbeitszwang ([Artikel 12.2 und 12.3](#)),

Weiterhin hat der Staat eine soziale Pflicht gegenüber seinen Bürgern ([Artikel 20.1](#)). Die soziale Pflicht muss jedoch mit den Grundrechten konform sein. Im derzeitigen Sozialsystem verstößt die Bedürftigkeitsprüfung gegen die Würde, die Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme verstößt gegen den Schutz vor Arbeitszwang, die Pflicht jede angebotene Stelle anzunehmen verstößt gegen die freie Berufswahl, die Sanktionsmöglichkeiten verstoßen gegen das Recht auf Leben und die Regelsätze für Familien gegen die Chancengleichheit für Kinder. Insgesamt ermöglicht das derzeitige Sozialsystem keine freie Entfaltung der Persönlichkeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Ein Grundeinkommen würde

- den Zugang zu Bildung erleichtern
- Arbeitslose nicht von Arbeit verprellen, indem ein Zuverdienst verrechnet wird
- die Angst vor Arbeitslosigkeit nehmen
- den Menschen echte Entscheidungsfreiheit geben
- unbezahlte Arbeit würdigen (z.B. in Familien)
- Kleinkriminalität verringern
- Bürokratie abbauen
- den Arbeitsmarkt vereinfachen und dadurch neue Arbeitsplätze ermöglichen

- die soziale Ausgrenzung Arbeitsloser vermeiden
- die Urheberrechtsdiskussion entschärfen
- den Zwang zu fortlaufendem Wachstum herabsetzen
- ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen

Zusammenfassung in Stichpunkten

- Die heutigen Sozialsysteme werden der demografischen Entwicklung nicht gerecht
- Stärkung der Autonomie der Bevölkerung
- Freiheit bei der Bildungsmöglichkeiten
- Freiheit bei der Berufswahl
- Freiheit bei der Wahl der Tätigkeit
- Freiheit "Nein" zu sagen
- Vermeidung von "Quasi-Zwangsarbeit"
- Wahrung der Würde aller Menschen
- Bürokratieabbau
- Stärkung der Familien
- Förderung von Existenzgründungen
- Förderung von Kreativitätspotential
- Förderung ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Förderung der freiwillige Zusammenarbeit
- kein gläserner Antragsteller
- keine Datensammlungen für Sozialsysteme (Datensparsamkeit)
- Transparentes (Sozial-)Staatswesen

Sonstiger Antrag Nr.

2007

Beantragt vonJonas M.**Titel**

Meinungsbild zum Termin des nächsten Bundesparteitages.

Antrag

Es wird beantragt, auf dem Bundesparteitag ein Meinungsbild einzuholen, in dem darüber abgestimmt werden soll, in welchem Jahr und Monat der nächste Bundesparteitag möglichst stattfinden soll. Dabei sollen mindestens die folgenden Optionen zur Wahl stehen:

- Vor November 2010
- November 2010
- Dezember 2010
- Januar 2011
- Februar 2011
- März 2011
- April 2011
- Mai 2011
- Juni 2011
- Juli 2011
- August 2011
- September 2011
- Oktober 2011
- Nach Oktober 2011

Begründung

Transparentes Vorgehen, das frühzeitige Planung ermöglicht.

Sonstiger Antrag Nr.

2008

Beantragt von[Jan](#)**Titel**

Mailingliste "Aktive" synchronisieren

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen, die Mailingliste "Aktive" mit einer Haltezeit von 30 Tagen, sofern nicht durch einen weiteren Beschluss erhöht, in die Syncom-Synchronisation mit Forum und Newserver aufzunehmen.

Wenn der Antrag angenommen wird, stelle ich hiermit folgenden weiteren Antrag: Der BPT möge beschließen, dass die Haltezeit 90 Tage beträgt.

Begründung

Es existiert eine lebhaftere Debatte (lies: Flamewar) darüber, ob die "Aktive" synchronisiert werden soll. Während die Befürworter sich unter anderem besseren Zugang und eine größere Transparenz erhoffen, lehnen die Gegner eine Synchronisierung ab, da sie um die Flüchtigkeit des Mediums fürchten. Es ist auf der Mailingliste nicht festzustellen, welche Position die Mehrheit vertritt. Um die bereits seit langem immer wieder aufkochende Debatte demokratisch zu beenden, stelle ich diesen Antrag.

Damit der Antrag nicht möglicherweise an einer zu hohen Haltezeit scheitert, aber eine 90-tägige Haltezeit dennoch beschlossen werden kann, sofern die Mehrheit der Piraten das wünscht, habe ich die Entscheidung über die Haltezeit von 90 Tagen vom Hauptantrag getrennt. Die Haltezeit von 90 Tagen ist im derzeitigen SynCom-Test gängig.

Sonstiger Antrag Nr.

Z009

Beantragt von

[Ron](#)

Titel

Klimaschutz

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass das Wort "Klimaschutz" in keiner offiziellen Veröffentlichung der Partei benutzt wird, Rezensionen und Zitate sind davon ausgenommen.

Begründung

Der Begriff "Klimaschutz" ist irreführend und suggeriert fälschlicherweise, dass der Mensch in der Lage wäre, das Klima der Erde in die eine oder andere Richtung beeinflussen zu können. Der Klimawandel der Erde ist ein natürlicher und immerwährender und stetiger Prozess der Veränderung, der nicht linearer und für die nächsten Hundert Jahre vorherzusagen ist. Selbst das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC - "Weltklimarat") schreibt in seinem Bericht auf Seite 774 ([letzter Absatz im Kapitel 14.2.2.2](#)):

- "In climate research and modelling, we should recognise that we are dealing with a coupled non-linear chaotic system, and therefore that the long-term prediction of future climate states is not possible", was auf Deutsch heißt, dass wir in der Klimaforschung und -modellierung anerkennen sollten, dass wir es mit einem gekoppelten, nichtlinearen, chaotischen System zu tun haben und daher die langfristige Vorhersage des zukünftigen Klimazustandes nicht möglich ist.

[hier](#) ein kurzes Video mit ein wenig Witz zum Thema

In letzter Zeit wird häufig darüber berichtet, dass in den Berichten des IPCC viele zum Teil fundamentale Fehler gemacht und lange nicht korrigiert wurden. In der Wissenschaft ist solch ein Vorgehen völlig unüblich und dies zeigt wie ungenau dort gearbeitet wird und es sich nicht um gute, wissenschaftliche Praxis handelt. Wenn es um das Klima geht, dann spielt wissenschaftliches Handeln nur eine untergeordnete Rolle.

- [IPCC zensiert Klimawissenschaftler auf YouTube](#) (7:32)
- [Die Wolkenschieber](#) (Spiegel)
- [Climategate auf YouTube](#) (3:57)
- [Climategate](#) (Telepolis/heise)
- [Der Himalaya-Flop und der IPCC - ZDF.umwelt 31.01.2010 auf YouTube](#) (5:19)
- [Weltklimarat wird schlampige Recherche vorgeworfen](#) (stern)
- [Pannen im IPCC-Bericht - ZDF.umwelt - 21.02.2010 auf YouTube](#) (7:09)

- [Forscher fordern Pachauris Rücktritt](#) (SZ)
- [Pannenserie zwingt Weltklimarat zum Umdenken](#) (FTD)

Geht es beim Thema "Klimawandel / Klimaschutz" (noch) um naturwirtschaftliche Erkenntnisse oder hat es schon religiöse Ausmaße angenommen?! Uns wird wie beim internationalen Terrorismus Angst gemacht, um politische Maßnahmen durchzusetzen und uns die Freiheit einzuschränken.

- [Klimaschutz als neue Weltreligion auf YouTube](#) (6:08)
- [Die am schnellsten wachsende Weltreligion](#) (Welt)
- [Wie Forscher Angst schüren auf YouTube](#) (6:09)
- [Die riskanten Allmachtsfantasien der Klimaforscher](#) (Welt)

Die Verwendung des Begriffs "Klimawandel / Klimaschutz" in der heutigen medialen Öffentlichkeit wirkt wie eine Weltuntergangsprophezeiung. Vor 30 Jahren haben uns Wissenschaftler das sichere Waldsterben prognostiziert - heute steht der Wald allerdings besser da als zuvor. Die Geschichte wiederholt sich noch einmal - nur mit neuem Thema, aber auf die selbe Art und Weise.

- [Waldsterben -> Erderwärmung, der neue Mythos auf YouTube](#) (6:32)
- [Vom Waldsterben zum Klimawandel](#) (NZZ)
- [Epidemien der Angst](#) (Welt)

Informier' Dich! Denke selbst!

Sonstiger Antrag Nr.

Z010

Beantragt von[Kai Mast](#)**Titel**

Konkurrierende politische AGs erlauben

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass mehrere politische AGs für den selben Themenbereich existieren dürfen.

Begründung

Das Problem mit politischen AGs zurzeit ist dass mehrere, manchmal total verschiedene, Ansichten eines Themas zusammen treffen. Beispiel wäre zum Beispiel die AG Wirtschaft wo sowohl liberale als auch sozialistische Ideologien vorhanden sind. Meiner Meinung nach sollte es in so einem Fall mehrere AGs geben dürfen die konkurrierende Programmanträge entwerfen. Die Entscheidungen sollten somit auch aus den AGs hinaus auf den Parteitag getragen werden. Dies gilt natürlich nur für politische AGs und nicht für organisatorische.

Sonstiger Antrag Nr.

2011

Beantragt von[Kine Haasler](#) + [Dennis Plagge](#)**Titel**

Positionierung der weiblichen Piraten zur Gender-Debatte

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschliessen, dass er zwei getrennte, geschlechtsspezifische Abstimmungen unter den anwesenden weiblichen Piraten durchzuführen wünscht. Die erste Abstimmung soll zum Ziel haben, demokratisch für weitergehende Anträge festzustellen, ob sich die weiblichen Piraten selbst mehrheitlich innerparteilich ungleich behandelt fühlen und ob eine Gender-Debatte deshalb verhältnismässig ist. Ebenso möge der Bundesparteitag in einer weiteren Abstimmung unter den weiblichen Piraten feststellen, ob diese mehrheitlich im parteiinternen Sprachgebrauch auf die Bezeichnung „Piratinnen“ wertlegen oder ob weiterhin Piraten geschlechtsneutral bezeichnet werden sollen.

Begründung

Da in der Vergangenheit einige weibliche Piraten behauptet haben, dass sie sich u.a. durch die geschlechtsneutrale Bezeichnung „Pirat“ innerparteilich benachteiligt fühlten, dienen diese Abstimmungen dazu, die Gender-Debatten abschließend demokratisch zu entscheiden und eine Aussage darüber zu treffen, wie die weiblichen Piraten selbst mit dieser Frage zukünftig umgehen möchten. Dieses Thema kann nur von den weiblichen Piraten selber beantwortet werden, unabhängig davon, wie der Bundesparteitag dann ggf. damit weiterverfahren möchte. Unter Umständen entfällt hier jedoch bereits jede weitere künftige Diskussion.

Sonstiger Antrag Nr.

Z012

Beantragt von

Felix Alaze, Dr. Dietmar Moews

Titel

Fazit mit Blick auf einen Arbeitsplan

Antrag

Dr. Dietmar Moews und Felix Alaze stellen Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung und den Ablauf des Bundesparteitags, an bestimmter Stelle, in unmittelbarer Verbindung zu den Tätigkeitsberichten des bisherigen Bundesvorstands, aufzunehmen.

Gemäß Antragsrecht laut Satzung bitten wir um Aufnahme folgender Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.3 in die Tagesordnung des Bundesparteitags Bingen, 15./16. Mai 2010:

Im Anschluss zu den vorgetragenen Tätigkeitsberichten, 5.1. der Vorstände, gibt ein oder geben mehrere vom Vorstand zu benennende Sprecher eine zusammenfassende Darstellung der zurückliegenden Vorstandsarbeit hinsichtlich eines erforderlichen zukünftigen Arbeitsplans. Im Anschluss an dieses arbeitsplanspezifischen Fazit soll hierzu eine moderierte Fragestunde ermöglicht werden.

Es würde damit die Tagesordnung (bei Stand vom 6. April 2010) in folgender Weise verändert:

- 5. den Tagesordnungspunkt: „Vorstands- und Schiedsgerichtswahlen
- 5.1 Rechenschaftsberichte der Vorstände“
- 5.2 Fazit des Bundesvorstands mit Blick auf einen zukünftigen Arbeitsplan
- 5.3 Moderierte Fragestunde der Parteitagsversammlung an die alten Vorstände
- 5.4 Entlastung des Vorstands

Begründung

Damit gibt der Vorstand der Piratenversammlung Anhaltspunkte, welche Anforderungen an die Kandidaten für den neuen Vorstand zu stellen sind. Die durch die erfolgten Vorstandstätigkeiten gelernten Erfahrungen des alten Vorstands sollen dem kommenden Bundesvorstand in sozio-kultureller und sachlicher Hinsicht ermöglichen, einen angemessenen Arbeitsplan entwerfen zu können. Mit Blick auf einen solchen erforderlichen Arbeitsplan sollte im Anschluss an dieses Vorstandsfazit eine Fragestunde möglich sein. Schließlich wird es hierdurch für diesen Bundesparteitag leichter, die Kandidaten für den neuen Bundesvorstand hinsichtlich dieser Anforderungen zu beurteilen und zu wählen.

Sonstiger Antrag Nr.

Z013

Beantragt von

[Dark](#), [Jbe](#), [Skipper](#), [Sferex](#)

Titel

Bundesweiter Betrieb von LiquidFeedback

Antrag

Die Piratenpartei Deutschland richtet eine eigene bundesweite Instanz von LiquidFeedback ein. Zu dieser erhält jeder Pirat einen persönlichen Zugang. Die in LiquidFeedback beschlossenen Anträge sind nicht bindend sondern bilden lediglich das Meinungsbild der teilnehmenden Piraten ab. Für den Betrieb des Systems werden zunächst einmalig 800 Euro zur Verfügung gestellt. Der Betrieb des Systems soll innerhalb von 60 Tagen aufgenommen werden. Der Landesverband Berlin wird gebeten die Inbetriebnahme von LiquidFeedback zu unterstützen.

Begründung

Wie alle großen Parteien stehen auch die Piraten vor dem Problem, ihre Mitglieder in Entscheidungsprozesse einzubinden. Die Piratenpartei umfasst derzeit über 10.000 Mitglieder. Um weiterhin basisdemokratisch Entscheidungen treffen zu können, benötigen wir eine Alternativlösung zu den bisher bei Parteien üblichen Vertreterversammlungen. Ziel ist es, dauerhaft auf ein Delegiertensystem zur Entscheidungsfindung innerhalb der Partei zu verzichten. Die Einführung von LiquidFeedback für qualifizierte Meinungsbilder der gesamten Basis soll den ersten Schritt darstellen, die Idee der Basisdemokratie in der Piratenpartei zu erhalten und eine "Vergrünung" zu verhindern. Die Kosten entsprechen in etwa denen, die der Landesverband Berlin für den Betrieb von lqpp.de zur Zeit jährlich hat.

Referenzen

<http://wiki.piratenpartei.de/BE:LiquidFeedback>

<http://wiki.piratenpartei.de/BE:Squads/LiquidFeedback>

<http://liquidfeedback.org/>

Dieser Antrag wird auch im LiquidFeedback-System der Berliner Piraten beraten. Änderungen in LiquidFeedback werden in die Antragsfabrik übernommen.

Sonstiger Antrag Nr.

Z014

Beantragt von

[Blackspot](#) + weiteren Piraten aus Rheinland-Pfalz

Titel

Wahlalter abschaffen! Mitbestimmungsrecht für Alle!

Antrag

Es wird beantragt, dass der Bundesparteitag der Piratenpartei folgende Positionierung zum Wahlrecht als Menschenrecht und zur Wahlaltergrenze beschließt:

Wahlrecht ist Menschenrecht!

Das Recht auf die Teilnahme an Wahlen und auf politische Mitbestimmung ist ein Menschenrecht und nur wer in unserer Gesellschaft über ein Wahlrecht verfügt, wird in unserer parlamentarischen Demokratie auch vertreten. Demokratie als "Herrschaft des Volkes" bedeutet, dass die von Herrschaft betroffenen gleichsam die Herrschenden sind. In dem aktuellen Wahlsystem dürfen Menschen unter 18 Jahre nicht wählen, obwohl sie ebenso Teil unserer Bevölkerung sind und damit auch Teil der von Herrschaft Betroffenen. In Deutschland herrscht also die Mehrheit über eine große Minderheit, die ganz eigene politische Interessen und Forderungen besitzt. Dies empfinden wir PIRATEN als undemokratisch und inakzeptabel.

Wahlgrenzen sind willkürlich - Wahlalter abschaffen!

In früheren Zeiten hing das Wahlrecht z.B. vom Vermögen der Menschen ab oder von ihrem Geschlecht. Frauen wurden als politisch unmündig befunden, ebenso wie heute Kindern und Jugendlichen politische Unreife unterstellt wird. Die Piratenpartei kämpft für ein Menschenbild, indem der Mensch nicht erst ab 18 Jahren als politisch interessiert und mündig deklariert wird. Wahlreife definiert sich darüber, einen politischen Willen zu haben und diesen artikulieren zu können. Menschen können nur selbst entscheiden, wann sie ihrem politischen Willen Ausdruck verleihen können - unabhängig ihres Alters. Die Piratenpartei verlangt, dass dieses Menschenbild sich auch im Wahlsystem widerspiegelt und fordert daher die Abschaffung des Wahlalters. Wir erachten jegliche Altersgrenzen beim Wahlrecht als willkürlich.

Um eine konkret spürbare Verbesserung schnell zu realisieren, soll als reine Übergangslösung kurzfristig das Wahlalter auf 14 Jahre gesenkt werden.

Familienwahlrecht ist kontraproduktiv

Einige Befürworter der Abschaffung des Wahlalters stehen ein für ein Familienwahlrecht, bei dem Eltern stellvertretend für ihre Kinder zur Wahl gehen dürfen. Die Piratenpartei lehnt ein solches Wahlrecht ab, da die Unmündigkeit der Kinder und Jugendlichen damit nicht abgeschafft, sondern noch verstärkt wird. Der von uns angestrebten Selbstbestimmung und Emanzipation steht ein Familienwahlrecht im Wege. Jeder Mensch soll selbst frei wählen und mitbestimmen können

ohne Bevormundung durch Eltern oder andere Autoritäten.

Politische Bildung und demokratische Erziehung vorantreiben!

Die Abschaffung des Wahlalters stellt einen immensen demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt dar und wird positive Veränderungen auf unsere Gesellschaft haben. Politik wird aus neuen Perspektiven gesehen werden und demokratische Entscheidungen werden sich stärker an einer politischen Nachhaltigkeit für die nachfolgenden Generationen ausrichten. Gleichsam wird das politische Interesse schon früh gefördert und demokratisches Miteinander erlernt. Modellprojekte waren hier bereits sehr erfolgreich. Die Piratenpartei fordert begleitend zur Abschaffung des Wahlalters eine Reform der politischen Bildung. Kinder und Jugendliche müssen zusätzlich zum Politikunterricht frühestmöglich an demokratische Entscheidungsverfahren herangeführt werden und selbst mitbestimmen können. Schulen müssen in demokratische Bildungseinrichtungen verwandelt werden, in denen Schüler und Schülerinnen gleichberechtigt mit Eltern und Lehrern entscheiden. Nur so können Kinder und Jugendliche Demokratie erfahren und politisches Interesse und Gespür für politische Teilhabe entwickeln.

Begründung

Der Antragstext spricht größtenteils für sich. Weitere Begründung erfolgt aber gerne mündlich auf dem Bundesparteitag.

Dem Argument, Kinder seien nicht "reif" für eine Wahl, entgegenen wir, dass man eine Reifegrenze nicht festmachen kann und es in einer Demokratie immer so ist, dass die Wahlentscheidung nur subjektiv "gut" oder "schlecht" ist. Unsere Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass jeder mitbestimmen kann - egal wie reif, schlau oder alt er ist, welches Geschlecht er besitzt oder welche politische Einstellung er hat. Die willkürliche Grenze von 18 Jahren wollen wir abschaffen. Alle Menschen, die von der Politik betroffen sind, sollen auch mitbestimmen können.

Sonstiger Antrag Nr.

Z015

Beantragt von

[Florian 'branleb' Zumkeller-Quast](#), [Michael 'Mchl' Gugel](#) und [Tobias 'Natural' Zawisla](#)

Titel

Positionspapier zum Thema Laizismus

Antrag

Die Religions- bzw. Glaubensfreiheit ist ein höchst schützenswertes Grundrecht. Daher möchten wir Piraten Lösungen entwickeln, wie die Religions- und Glaubensfreiheit, die auch die Freiheit beinhaltet, keiner Religion oder Glaubensgemeinschaft anzugehören, geschützt werden kann. Dabei soll gleichzeitig echte Gleichberechtigung zwischen Angehörigen und Nichtangehörigen von Religionen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften geschaffen werden. Auch darf durch Ausübung der Glaubensfreiheit niemand in seiner freien, individuellen Entfaltung eingeschränkt werden.

Wir sind der Auffassung, dass sich Religionen und Glaubensgemeinschaften ohne Intervention des Staates besser und freier entwickeln können. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass sich Menschen unterschiedlichen Glaubens in einem laizistischen Staat diesen ungestörter ausüben und sich freier entfalten können.

Dazu wird es auch nötig sein, einige alte Verträge zwischen Kirchen und Staat entsprechend anzupassen.

Als Module zu diesem Antrag sind diese Anträge vorgesehen. Je nach Abstimmungsergebnis sollen diese Teil des Positionspapieres werden:

- [Bundesebene: Kirchensteuer](#)
- [Landesebene: Tanzverbot](#)
- [Landesebene: Religionsunterricht](#)

Begründung

Da es ein Positionspapier ist, sind die einzelnen Begründungen schon in den Text eingearbeitet. Insgesamt wollen wir die Gleichstellung aller religiösen Gruppen und Glaubensgemeinschaften durch eine striktere Säkularisierung fördern.

Sonstiger Antrag Nr.

Z016

Beantragt von

[Andreas Mehltrittter](#)

Titel

Positionspapier Bedingungslose Grundsicherung

Antrag

Der Bundestag möge folgendes Positionspapier beschließen:

Ein piratiges Konzept: die Bedingungslose Grundsicherung

Voraussetzungen

Das Verständnis von Arbeitslosigkeit

Ein großes Problem unseres Sozialwesens liegt in dem Verständnis von Arbeitslosigkeit: Die Annahme, Arbeitslosigkeit sei – sowohl für den Einzelnen als auch gesamtwirtschaftlich – nur ein vorübergehendes Phänomen, das mit den richtigen politischen Maßnahmen zurückgedrängt und bedeutungslos gemacht werden kann, führt in die Irre. Seit dem Ende des „Wirtschaftswunders“ gab es in Deutschland zu jeder Zeit einige Millionen Arbeitslose; selbst während des Booms der Jahre 2005 bis 2008 gab es nie weniger als drei Millionen Arbeitslose.[\[1\]](#) Das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft ist inzwischen Normalität, Vollbeschäftigung auf absehbare Zeit hin nicht zu erreichen.

Arbeitslosigkeit ist an sich allerdings kein Problem: Während die Anzahl der Erwerbstätigen in den letzten beiden Jahrzehnten ungefähr konstant blieb[\[2\]](#), wuchs die deutsche Wirtschaft – das Krisenjahr 2009 außer Acht gelassen – pro Jahr um durchschnittlich 1,5 Prozent[\[3\]](#). Umgekehrt bedeutet dies: Wir wären in der Lage, mit immer weniger Erwerbstätigen den gleichen Wohlstand zu produzieren; gleichzeitig sind wir – wollen wir mehr Arbeitslose verhindern – zu Wirtschaftswachstum gezwungen.

Das Problem des Prinzips „Fördern und fordern“

Das den Hartz-IV-Reformen zugrunde liegende Prinzip lautet „Fördern und fordern“: Den Arbeitslosen soll durch Fortbildungen u. Ä. geholfen werden, schneller wieder einen Job zu finden, ihre Bemühungen werden dabei regelmäßig kontrolliert. Dabei geht das Hartz-Konzept von falschen Voraussetzungen aus: „Fördern und fordern“ würde nur funktionieren, wenn für jeden Arbeitslosen auch eine unbesetzte Stelle zur Verfügung stände; dies ist aber weder jetzt noch in absehbarer Zukunft der Fall.[\[4\]](#) Arbeitslose müssen also, um eine Grundsicherung zu erhalten, sich um einen Arbeitsplatz bemühen,

der eigentlich gar nicht vorhanden ist.

Eine Grundsicherung, die Arbeitslosigkeit als anormal und ausschließlich vom Hilfsbedürftigen selbst verschuldet ansieht, geht an der Realität vorbei und missachtet die Würde der Betroffenen; sie kann nur funktionieren, wenn ihre Auszahlung nicht an Bedingungen geknüpft ist.

Das bessere Modell: eine Bedingungslose Grundsicherung

Aus diesen Gründen fordern die Piraten eine Grundsicherung, die jedem Deutschen [\[5\]](#) bedingungslos und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wird.

Größerer Arbeitsanreiz

Eine Grundsicherung, die nicht bedingungslos ist, hat ein fundamentales Problem: Mit dem Erwerbseinkommen muss zuerst die Höhe der Grundsicherung erreicht werden, bevor sich die Arbeit für den Arbeitnehmer überhaupt „lohnt“. Dagegen schafft eine bedingungslose Auszahlung einen hohen Anreiz, Arbeit anzunehmen, auch wenn sie schlechter bezahlt ist: Jeder aus eigener Arbeit verdiente Euro, jede auch noch so kleine Leistung erhöht das Gesamteinkommen. Eine Verrechnung mit der Grundsicherung verringert die Motivation, einer Arbeit nachzugehen; nur bei einem nicht an Bedingungen geknüpften zugesicherten Einkommen ist ab dem ersten hinzuverdienten Euro der Anreiz gleich hoch.

Achtung der Privatsphäre

Um Arbeitslosengeld II zu erhalten, muss jeder Betroffene eine so genannte „Bedürftigkeitsprüfung“ über sich ergehen lassen. „Bedürftig“ ist nur, wer eine bestimmte Einkommenshöhe nicht überschreitet und kein größeres Vermögen hat. Kosten für Wohnung werden nur übernommen, soweit sie „angemessen“ sind. Ob man bedürftig ist, muss vor Erhalt der Leistungen sorgfältig nachgewiesen werden: Einkommens-, Vermögens- und Wohnverhältnisse müssen vor dem Staat offengelegt werden. Dieser Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen ist für Piraten inakzeptabel; eine Bedürftigkeitsprüfung führt zu einer Bloßstellung der Betroffenen gegenüber dem Staat und achtet in keiner Weise deren Menschenwürde.

Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit

Nach Artikel 2 des Grundgesetzes hat jeder „das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“. Dieses Recht wird von Staat und Gesellschaft zur Zeit aber nicht ausreichend gewährleistet. Nur mit einem ohne Bedingungen zugesicherten Einkommen ist dies der Fall. Jeder kann den Tätigkeiten nachgehen, die er für sinnvoll erachtet, wenn gewünscht, auch vollkommen unabhängig von finanziellen

Gesichtspunkten. Unbezahlte Arbeit, wie sie zum Beispiel in Ehrenämtern oder in jedem Haushalt geleistet wird, würde von Gesellschaft und Staat die nötige Achtung erfahren.

Neben der freien Entfaltung der Persönlichkeit garantiert ein bedingungsloses Einkommen auch die Menschenwürde des Einzelnen, die „zu achten und zu schützen“ nach Artikel 1 des Grundgesetzes Pflicht und Aufgabe des Staates ist. Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben ist Nahrung und Unterkunft; ohne Geld dafür ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Eine bedingungslose Grundsicherung leistet die vom Grundgesetz geforderte bedingungslose Gewährleistung der Menschenwürde.

Verängstigte Gesellschaft

Immer mehr Menschen haben - oftmals begründet, oftmals auch ungerechtfertigt - Angst davor, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Kurzarbeit und Zeitverträge führen zu brüchigen Arbeitsbiographien, in denen nach kurzer Zeit der Arbeitgeber wechselt; Zwischenzeiten ohne feste Anstellung sind die Regel. Eine bedingungslos zugesicherte Grundsicherung würde verhindern, dass solche Situationen existenzgefährdende Ausmaße annehmen und würde es allen ermöglichen, ohne Angst vor solchen Situationen zu leben.

Unabhängigkeit

Neben der Unabhängigkeit von Erwerbsarbeit wird auch die Unabhängigkeit innerhalb von Partnerschaften und Familien gefördert. Gibt es einen Alleinverdiener, können sich Partner und Kinder allein auf dessen Einkommen stützen; bei Problemen, Trennung oder Scheidung haben aber auch jene, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, ein finanzielles Fundament, auf das sie ihre weitere Lebensplanung stützen können. Unterhaltsstreitigkeiten könnten so um ein erhebliches Maß reduziert werden.

Auch für Studenten würde eine bedingungslose Grundsicherung eine erhebliche Erleichterung bedeuten: Sie wären weder von Zuschüssen ihrer Eltern noch von eigener Arbeit abhängig, sondern könnten sich ausschließlich auf ihr Studium konzentrieren. Dies wäre auch im Zuge der Gleichberechtigung von Studenten verschieden vermöglicher Eltern gerecht.

Auswirkungen auf Arbeitnehmer

In Zeiten, in denen es mehr Arbeitslose als freie Stellen gibt, existiert kein wirklicher Arbeits „markt“. Ein Markt funktioniert nur so lange, wie sich beide Verhandlungspartner in einer etwa gleich starken Position befinden. Nur, wenn Arbeitnehmer dank einer bedingungslosen Grundsicherung zu einem Jobangebot auch nein sagen können, funktioniert der Arbeitsmarkt. Gehalt oder Lohn können so frei verhandelt werden, im Ergebnis steht eine für Arbeitnehmer und Arbeitgeber akzeptable Höhe.

Höhe und Finanzierung

Jegliche Finanzierung einer Grundsicherung ist hauptsächlich abhängig von ihrer Höhe. Generell ist zu berücksichtigen, dass durch die Einführung einer bedingungslosen Grundsicherung der Steuerfreibetrag wegfallen und die Renten ersetzt würden. Subventionen bestimmter Branchen oder Firmen mit dem Ziel des Arbeitsplatzerhalts können reduziert und abgeschafft werden.

Minimale Höhe

Eine bedingungslose Grundsicherung muss eine Existenzgrundlage bilden, die sowohl die materiellen Grundbedürfnisse befriedigen kann als auch Teilhabe an Kultur und Gesellschaft ermöglicht. Daraus lässt sich ableiten, dass die minimale Höhe einer solchen Grundsicherung etwa dem jetzigen Niveau des Arbeitslosengelds II entspricht. Ob diese Höhe allerdings ausreicht, alle oben genannten gewünschten Effekte zu erzielen, bleibt zu erörtern.

Koppelung an Bruttoinlandsprodukt

In einem volkswirtschaftlich vertretbaren Bereich ist die Finanzierung ausschließlich Frage des politischen Willens: Wie groß soll die Umverteilung, die der Staat vornimmt, sein? Eine Koppelung an das Bruttoinlandsprodukt könnte zudem bei schlechter volkswirtschaftlicher Lage den Anreiz zu arbeiten durch eine geringere Höhe der Grundsicherung zusätzlich verstärken und bei hohen Wachstumsraten ein „Überhitzen“ der Konjunktur verhindern; Untergrenze wäre in jedem Fall das niedrigste mit Artikel 1 des Grundgesetzes vereinbare Einkommen.

Nachweise

1. ↑ Siehe Grafik auf der Webseite des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, [Link](#)
2. ↑ Siehe Statistisches Jahrbuch 2009, S. 81, Anstieg um 4 Mio. hauptsächlich auf statistische Effekte zurückzuführen, [Link](#)
3. ↑ Siehe Vierteljahresdaten Bruttoinlandsprodukt des Statistischen Bundesamts Deutschland, [Excel-Datei](#)
4. ↑ Siehe „Der Lohn der Angst“ in brand eins, Ausgabe 7/2005 [Link](#)
5. ↑ mit Erstwohnsitz in Deutschland

Begründung

Die Piraten würden sich mit diesem Positionspapier für eine bedingungslose Grundsicherung aussprechen, die alle im Antrag genannten Vorteile mit sich bringt. Die sehr piratige Forderung nach Privatsphäre auch für Arbeitslosengeld-II-Bezieher und die liberale Umsetzung eines hohen Arbeitsanreizes, weil jeder hinzuverdiente Euro auch gleichzeitig ein Mehr an Einkommen bedeutet, sind die fundamentalen Vorteile einer Grundsicherung, die bedingungslos ausgezahlt wird. Für Interessierte, die sich bis jetzt noch nicht näher mit dem Thema beschäftigt haben, eignen sich u. a. die Webseiten unternehm-die-zukunft.de und freiheitstattvollbeschaeftigung.de. Für weitere Links siehe auch [hier](#).

Sonstiger Antrag Nr.

Z017

Beantragt von[Buccaneerps](#)**Titel**

Wahl durch Zustimmung bei Personenwahlen

Antrag

Es wird beantragt, das Wahlverfahren "Wahl durch Zustimmung" bei Personenwahlen einzuführen. Sollte kein Kandidat bei einer Wahl durch Zustimmung mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten, wird zwischen den beiden höchst bewerteten Kandidaten eine Stichwahl ohne Zustimmungsquorum abgehalten.

Bei der Wahl der Beisitzer sind die Kandidaten gewählt, die mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinen. Sollten mehr Kandidaten das Quorum erreichen als Beisitzer benötigt werden, sind die am höchsten bewerteten Kandidaten gewählt. Bei Gleichstand für den letzten verfügbaren Posten oder falls es zu wenig Kandidaten gibt, die das Quorum erreicht haben, gibt es eine Stichwahl ohne Zustimmungsquorum

Begründung

Wahl durch Zustimmung ist einfach auszuzählen und verringert die Anzahl der Wahlgänge. Beisitzer können in einem Wahlgang gewählt werden. Zudem ist das Verfahren manipulationssicher. Gemäßigte Kandidaten werden gegenüber polarisierenden Kandidaten bevorzugt:

[Wikipedia: Wahl durch Zustimmung](#)

Sonstiger Antrag Nr.

2018

Beantragt von[Buccaneerps](#)**Titel**

Wahl durch Zustimmung bei konkurrierenden Anträgen

Antrag

Es wird beantragt, dass konkurrierende Anträge mittels Abstimmung durch Zustimmung behandelt werden. Der Antrag mit der meisten Zustimmung und Erfüllung des geforderten Quorums gilt als angenommen.

Begründung

Zeitersparnis

[Wikipedia: Wahl durch Zustimmung](#)

Sonstiger Antrag Nr.

2019

Beantragt von[Buccaneerps](#)**Titel**

Die Satzungskommission darf die Satzung bei Rechtschreib- und Grammatikfehlern korrigieren

Antrag

Es wird beantragt, daß Rechtschreib- und Grammatikfehler in der Satzung sowie der Wahl- und Geschäftsordnung jederzeit durch die Bundessatzungskommission korrigiert werden können . Die Änderungen sind sofort zu veröffentlichen und zu dokumentieren. Änderungen dürfen unter keinen Umständen sinn- oder inhaltsentstellend sein.

Begründung

Wir machen uns allmählich lächerlich, daß wir für Rechtschreibfehler einen Satzungsänderungsantrag stellen müssen, der unter Umständen nach vorher angenommenen Anträgen obsolet wird, da der Wortlaut geändert wurde, der Fehler an anderer Stelle aber immer noch vorhanden ist.

Rechtschreib- und Grammatikfehler sind übrigens eindeutig und können von jedem Deutschlehrer erklärt und korrigiert werden, ohne eine inhaltliche Änderung durchzuführen.

Sonstiger Antrag Nr.

2020

Beantragt von[Fukami](#)**Titel**

Anerkennung des KV Bonn

Antrag

Der BPT möge beschließen, den Kreisverband Bonn als Teil der Piratenpartei Deutschland mit allen Rechten und Pflichten nach Bundessatzung anzuerkennen.

Begründung

Der Landesvorstand NRW sieht sich durch §6a der Landessatzung NRW nicht in der Lage, den am 24. Februar beschlossenen und 10. April in Bonn ordentlich gegründeten Kreisverband anzuerkennen. Dieser Satzungspunkt untersagt die Gründung von Gebietsverbänden zugunsten des in der Landessatzung festgeschriebenen Crewkonzeptes. Dieses Crewkonzept bietet aber weder die in der Bundessatzung noch die im PartG festgeschriebenen Möglichkeiten zur politischen Willensbildung auf Gebietsebene, noch ist damit eine sinnvolle, langfristig ausgelegte Politik und Entwicklung einer regionalen Struktur mit weit über 100 Mitgliedern machbar.

Der Gründungswille der Bonner Piraten erfolgte vor Beschluss von §6a der Landessatzung. Die Einladung zur Gründungsversammlung erfolgte fristgemäß durch einen Bonner Piraten im Auftrag des Bundesvorstandes, eine weitere, nicht fristgemäße durch den GenSek des Landesverbandes NRW.

Sonstiger Antrag Nr.

2021

Beantragt von[Arvid Doerwald](#)**Titel**

Durchführung eines Programmparteitages Im Herbst 2010

Antrag

Der Bundesparteitag möge die Durchführung eines Programmparteitages im Spätherbst 2010 festlegen. Dieser Parteitag soll ausschließlich programmatische Inhalte beraten und beschließen, jedoch keine Satzungsänderungsanträge [~~oder sonstige Anträge~~].

Begründung

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Zeit auf einem regulären Bundesparteitag nicht ausreicht, die Programmänderungsanträge ausreichend zu würdigen. Dies soll durch einen Programmparteitag ermöglicht werden. Die inhaltliche Ausrichtung der Partei ist für die nachfolgenden Wahlen im Frühjahr 2010 sehr wichtig und sollte mit ausreichendem Abstand zu diesen erfolgen, um die Ergebnisse in die Basis und die Bevölkerung zu tragen. Der Termin im Herbst lässt Zeit für eine gründliche Vorbereitung von Themen(-teilen).

Nachtrag: Ich könnte mich damit anfreunden, auch sonstige Anträge zuzulassen, wenn diese nicht satzungändernden Charakter haben. [Arvid Doerwald](#) 15:11, 2. Mai 2010 (CEST)

Sonstiger Antrag Nr.

2022

Beantragt von[Arvid Doerwald](#)**Titel**

Einholung von Meinungsbildern zum Programmparteitag 2010

Antrag

Falls der Antrag auf die Durchführung eines Programmparteitages im Herbst 2010 Erfolg hat, beantrage ich zusätzlich die Einholung eines Meinungsbildes zu programmatischen Inhalten der Piratenpartei. Der Bundesvorstand wird vom Parteitag beauftragt, sich rechtzeitig um die diskriminierungsfreie Erhebung eines Meinungsbildes zu kümmern.

Begründung

Wenn durch ein Meinungsbild die Positionen der Basis zu bestimmten programmatischen Inhalten ermittelt wird, können die politischen Arbeitsgemeinschaften zielgerichteter arbeiten, die Arbeit auf dem Programmparteitag selber wird erleichtert, die Effizienz erhöht. Eindeutige Meinungsbilder können zum Zusammenhalt in der Partei beitragen und das Außenbild und somit das Profil der Partei schärfen.

Nachtrag: (Weil ich danach gefragt wurde) Das Meinungsbild soll rechtzeitig vor dem Parteitag eingeholt werden. Die Methode soll dabei der Vorstand festlegen können; ob eine Papierabstimmung oder elektronische Durchführung ist egal, solange die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse gewährleistet ist. [Arvid Doerwald](#) 14:36, 2. Mai 2010 (CEST)

Sonstiger Antrag Nr.

2023

Beantragt von[Kungler](#)**Titel**

Beitritt zur PPI

Antrag

Ich stelle den Antrag, dass der Bundesparteitag dem Beitritt der Piratenpartei Deutschland zur Pirate Party International zustimmt.

Begründung

Die Piraten sind eine internationale Bewegung. Viele Ideen und Forderungen, die von Piraten in anderen Ländern entwickelt wurden, sind auch für uns in Deutschland interessant – und umgekehrt. Daher sollte die internationale Vernetzung der Piraten besser koordiniert werden, wofür sich die PPI einsetzt. An dieser Vernetzung sollten wir als Land mit einer der stärksten Piratenbewegungen der Welt uns aktiv beteiligen.

Sonstiger Antrag Nr.

Z024

Beantragt von

[Benjamin Stöcker](#)

Titel

Struktur (AG) Konzept

Antrag

Es wird beantragt folgendes Konzeptpapier als Positionspapier mit einer 2/3 Mehrheit zur Kenntnisnahme des Vorstandes für die Organisation der organisatorischen und politischen Arbeit auf Bundesebene zu beschließen.

DG - Diskussionsgruppe

Eine Diskussionsgruppe ist keine wirklich feste Gruppe sondern ein Ort um Menschen für Diskussionen zu finden. Ihr kann jeder "beitreten" in dem er sich auf der entsprechenden Wikiseite einträgt oder schlicht die Kommunikationsmedien der Gruppe nutzt. Da die Parteimitgliedschaft hier nicht von Relevanz ist, wird sie auch nicht erfasst. Für jede Diskussionsgruppe wird ein Syncom-Forum (Mailingliste/Newsgroup/Forum) sowie eine Wikiseite eingerichtet. Sie dient als Anlaufstelle für alle, die über Politik - genauer gesagt das Thema der Gruppe - diskutieren möchten. Dort könnte man z.B. Gleichgesinnte finden, Anträge und Texte die erstellt worden sind einem interessierten Kreis vorstellen.

Prinzipiell wird die Strukturierung der Diskussionsgruppen vom Vorstand überlassen, aber sie sollte alle wichtigen Politikthemen umfassen und eine gewisse Konstanz aufweisen. Man könnte sich z.B. folgende Struktur vorstellen:

1. Innenpolitik
2. Außenpolitik
3. Sozialpolitik
4. Bildungspolitik
5. Wirtschaftspolitik
6. Verkehrspolitik
7. Umweltpolitik
8. Urheberrecht
9. Datenschutz
10. Gleichberechtigung
11. Sonstiges

Diese Einordnung ist nur als ein mögliches Beispiel zu verstehen, natürlich ist hier auch eine andere Einteilung möglich. Da Diskussionsgruppen nur dem Diskurs dienen sollen, werden dort auch keine "Koordinatoren", "Sprecher" oder ähnliches gewählt. **Sprecher der Partei für gewisse Themen werden vom Vorstand bestimmt.** Natürlich kann der Vorstand dies auch dem Pressesprecher, der AG Presse oder sonst wem überlassen (delegieren).

IG - Interessengruppe

Eine Interessengruppe kann von jedem Mitglied gegründet werden. Sie kann absolute fiktive Namen haben wie "IG - Sektion 31" und kann ihre innere Organisation frei wählen. Sie kann offen für alle sein, oder für nur ausgewählte Mitglieder zugänglich sein. Sie hat das Recht ihre Kommunikationsmittel frei zu wählen, sich Koordinatoren wählen, sich einen Sprecher zu ernennen, ja rein Theoretisch könnten sie sich sogar einen König krönen.

In der Regel sollte sie keine Allgemeinen Namen wie "IG - Wirtschaftspolitik" haben. Vorstellbar ist aber der Namen "IG - Wirtschaftsliberale Piraten" oder auch der Name "IG - PiratInnen" ist drin. Die IGs können der Kontaktpflege einzelner dienen, der Ausformulierung von Standpunkten, der Zusammenarbeit bei Anträgen oder auch der Koordinierung der "Flügel" der Partei. Sie sind sozusagen Parteien in der Partei.

Solche Gruppen sind übrigens auch in anderen Parteien nicht unüblich, Beispiele sind der "[Seeheimer Kreis](#)" oder die "Netzwerker" in der SPD. Für den Fall dass solche Gruppen nach außen wirken wollen haben sie darauf zu achten, dass dabei das IG nicht vergessen wird und der Journalist versteht um was es sich hier handelt. Es sollte auf jeden Fall festgestellt werden, dass sie für einen - unter Umständen winzig kleinen - Teil der Piraten sprechen. Die Journalisten sollten das nach kurzer Erklärung auch gut einschätzen können, da ihnen ähnliche Zusammenschlüsse von anderen Parteien bekannt sind.

AG - Arbeitsgruppe

Das Kürzel AG sowie das Wort Arbeitsgruppe ist dem Vorstand vorbehalten. Nur dieser darf eine solche Gruppe Gründen oder Autorisieren. Eine Arbeitsgruppe ist eine Gruppe in die der Vorstand seine Arbeit delegieren kann und die er zu diesem Zweck betreibt. Es handelt sich dabei um rein exekutive Aufgaben wie z.B. Pressearbeit, IT, Internationale Kooperation, Mitgliederwerbung, uvm.

Der Vorstand darf keine Arbeitsgruppen bilden bzw. gründen die den primären Zweck der politischen Willensbildung bzw. dem politischen Diskurs dienen soll, wie zum Beispiel eine "AG - Marktwirtschaft".

Die inhaltliche politische Arbeit soll weiterhin der gesamten Mitgliederschaft sowie dem Parteitag als höchstes Gremium der Partei unterliegen.

Begründung

Ich möchte keinen AG Rat, keine AGs in der Satzung sondern dynamische Strukturen ermöglichen. Mit den IGs können "Parteien in der Partei" gegründet werden, welche ihre Arbeitsweise selbst bestimmen können. Damit Menschen mit unterschiedlichen Interessen Aufeinandertreffen können sind Diskussionsgruppen da. Diese dienen eben nur der Diskussion und "Wählen" dementsprechend keine "Sprecher".

Das hilft eben auch bei einer klaren Außenwirkung. Wenn jemand in der liest der "Sprecher/Koordinator der AG XYZ der Piratenpartei.." wird er es als offizielle Parteiaussage interpretieren, weil das in anderen Parteien bei AGs so ist. Das ist ist mit dem Kürzel IG nicht der Fall.

Sonstiger Antrag Nr.

Z025

Beantragt von[Arvid Doerwald](#)**Titel**

Gründliche Anforderungsanalyse vor Entscheidungen und Investitionen im IT-Bereich

Antrag

Vor dem Ausbau der IT-Landschaft soll eine detaillierte Anforderungsanalyse durchgeführt werden. In ihr sollen sowohl die Anforderungen des Bundes, als auch die der Länder berücksichtigt werden. Dabei sollen sowohl IT-Dienste, die vom Bundesverband benötigt werden, als auch IT-Dienstleistungen, die von der Bundes-IT für einzelne Landesverbände oder sonstige Gliederungen und Gruppierungen erbracht werden, betrachtet werden.

Begründung

Zur Zeit werden, im Rahmen einer Spendenaktion, 50.000 Euro für die IT gesammelt. Die geplante Investition ist aber nicht durch eine parteiweite, abgestimmte Anforderungsanalyse gedeckt, sondern lediglich durch ein Konzept der Bundes-IT. Die Sicherheit, dass die resultierende Infrastruktur, die angebotenen Dienste und die erforderlichen Ausgaben oder Investitionen den Bedürfnissen der Piraten entsprechen, soll das Ergebnis einer Anforderungsanalyse bringen. Damit das Ergebnis auf breite Zustimmung stößt, sollen neben den Vorständen der Bundes und der Länder auch AG-Vertreter und die Nutzer der angebotenen Dienste in die Erstellung der Analyse eingebunden werden.

Sonstiger Antrag Nr.

Z026

Beantragt von

[BerndSchreiner](#) (in Vertretung verschiedener LVs), [Hendrik Stiefel](#)

Titel

Topologie der IT-Infrastruktur

Antrag

Es wird beantragt folgenden Antrag auf dem Bundesparteitag statt zu geben:

Die Arbeits- und Kommunikationsmittel der Piratenpartei Deutschland sind stark von der Verfügbarkeit einer leistungsfähigen und ausfallsicheren IT Infrastruktur abhängig. Eine hohe Ausfallsicherheit wird beispielsweise durch eine verteilte Serverstruktur erreicht. Darunter verstehen wir eine zentrale Präsenz zur Koordinierung und dezentrale Server für die Ausführungen. Es wird beantragt, dass der Bundesvorstand zusammen mit den beauftragten AGs ein Konzept erarbeitet und nach eingehender Prüfung durch Beteiligung der Landesverbände umsetzt, welches die notwendigen Services dezentral strukturiert und auf Länderebene umsetzt. Dabei ist darauf zu achten, dass keine Zugangshürden geschaffen werden. So soll ein Benutzeraccount auf allen Systemen ausreichend sein. Dies lässt sich durch verschiedene Systeme wie OpenID oder ein anderes LDAP realisieren. Aufgaben des Bundesverbandes wären zB ein rein lesendes Wiki, welches sich mit den dezentralen Landeswikis in denen gearbeitet wird, synchronisiert, bereitzustellen. Weiterhin muss eine gemeinsame Update- und Datensicherungsstruktur entworfen werden. Es soll geprüft werden, ob durch Vollzeitbetreuung ausfallsichere Hostingangebote für Landeswikis kostengünstig die notwendige Leistung bereit stellen können. Dazu liegen bereits positive Erfahrungen in einzelnen Landesverbänden vor. Ein gemeinsam getragenes Konzept kann der weiteren Zersplitterung der IT entgegen wirken.

Begründung

Seit vor der Bundestagswahl wurde trotz vieler Versuche der Verbesserung nicht geschafft, eine ausfallsichere IT-Infrastruktur auf Bundesebene zu etablieren. Die beauftragte IT betont immer wieder, dass sie auch nur in der Freizeit arbeitet. Wir können uns bei der hohen Anzahl von Mitgliedern nicht leisten, dass von der "Freizeit" einzelner, die Arbeit aller Mitglieder abhängig ist. Daher ist eine Managed Hosting (o.ä) Umgebung für zentrale interne Dienste (Wiki, Mailinglisten und Homepage) empfehlenswert. Diese hat den Vorteil, dass Server auf Low-Level-Ebene rund um die Uhr von Spezialisten gewartet werden. Auch ist die Nähe der IT bei den Landesverbänden gut geeignet, um zB im Wiki die Namensräume und Mailinglisten der LV's direkt durch eigene Bürokranten zu pflegen, auch um die teils lange Wartezeiten und unverständlichen Ablehnungen näher an der Basis zu haben. Auch wird dadurch die Arbeitslast auf mehr Personen verteilt, bei ehrenamtlichen Tätigen ein entscheidender Punkt. Bestrebungen, wie sie bereits im Gange sind, könnten so strukturiert und zielführend eingebunden werden und die Verstimmungen zu dem Thema der Vergangenheit vermieden werden.

Sonstiger Antrag Nr.

Z027

Beantragt von

[georgberlin](#)

Titel

Grundsätzlicher GO-Antrag für alle Bundesversammlungen

Antrag

Die Versammlung möge beschließen:

"Alle thematisch oder inhaltlich zusammengehörigen Anträge werden zusammen vorgestellt, unabhängig vom Einreichungsdatum oder einer Nummerierung/sonstigen Reihenfolge.

Nach Einreichung der Anträge stellt die Antragskommission die jeweiligen Anträge zu thematischen und/oder inhaltlichen Blöcken zusammen.

Der Antragsteller eines Antrags kann über einen individuellen GO-Antrag eine Einzelbehandlung ihres/seines Antrags verlangen.

Dieser GO-Antrag soll in die GO aufgenommen werden und dauerhaft gültig sein."

Begründung

Es gibt eine Vielzahl ähnlicher, aufeinander aufbauender, ergänzender oder auch konkurrierender und gegensätzlicher Anträge. Sofern diese nicht gemeinsam behandelt werden, ist das extrem zeitaufwändig (**alle** Argumente, Gegenargumente ect. **müssen** mehr-, ja vielfach wiederholt werden), es ist dann sehr unübersichtlich, es besteht die Gefahr von sich widersprechenden Beschlüssen oder Inkonsistenzen.

Sollte dieser Antrag überflüssig sein, bin/wäre ich sehr glücklich!

Sonstiger Antrag Nr.

Z028

Beantragt von

[Florian 'branleb' Zumkeller-Quast](#), [Michael 'Mchl' Gugel](#) und
[Tobias 'Natural' Zawisla](#)

Titel

Positionspapier Laizismus: Bundesebene: Kirchensteuer

Antrag

Der Einzug einer Kirchensteuer durch den Staat ist ein Privileg der Kirchen- bzw. Glaubensgemeinschaften, welche als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt sind. Es ist mit einem laizistischen Staat nicht vereinbar, dass Beamte Vorgänge bearbeiten, die eigentlich Aufgabe der einzelnen Glaubensgemeinschaften wären.

Auch lehnen wir die durch die Kirchensteuer notwendige Erfassung der Religionszugehörigkeit ab, da die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft oder Kirche Teil der individuellen Privatsphäre ist. Derartige persönliche Daten sollten im Zuge der Datensparsamkeit grundsätzlich nicht erfasst, gespeichert oder gar dem Arbeitgeber zugänglich gemacht werden, wie es bisher der Fall ist.

Wir streben daher eine Änderung von Art 140 GG an, sodass § 137 (6) WRV keine Gültigkeit mehr besitzt.

Begründung

Eingearbeitet, der Antrag ist ein Modul des Antrages für ein Positionspapier zum [Laizismus](#)

Sonstiger Antrag Nr.

Z029

Beantragt von

[Florian 'branleb' Zumkeller-Quast](#), [Michael 'Mchl' Gugel](#) und
[Tobias 'Natural' Zawisla](#)

Titel

Laizismus - Landesebene: Tanzverbot / Verbot von
Sportveranstaltungen

Antrag

In allen Bundesländern gibt es an bestimmten, sogenannten stillen Feiertagen, die meist religiös begründet sind, ein Tanzverbot, das viele kulturelle und sportliche Veranstaltungen verbietet. Dadurch werden Menschen an diesen Tagen in ihrer freien Entfaltung behindert. Wir fordern daher das Tanzverbot abzuschaffen.

Begründung

Eingearbeitet, der Antrag ist ein Modul des Antrages für ein Positionspapier zum [Laizismus](#)

Sonstiger Antrag Nr.

Z030

Beantragt von

[Florian 'branleb' Zumkeller-Quast](#), [Michael 'Mchl' Gugel](#) und
[Tobias 'Natural' Zawisla](#)

Titel

Landesebene: Religionsunterricht

Antrag

Da wir für einen laizistischen Staat eintreten, wollen wir den Religionsunterricht durch einen allgemeinen Unterricht ersetzen der sich mit den verschiedenen Weltanschauungen, Glaubensrichtungen, Philosophien und deren kulturellen und politischen Auswirkungen und ihrer Geschichte beschäftigt. So wird gewährleistet dass die Schüler ein wertneutraleres Bild vermittelt bekommen.

Insbesondere den Unterricht, der von Geistlichen durchgeführt wird, lehnen wir ab, da diese nicht zwangsweise die erforderliche pädagogische Kompetenz besitzen und nur eingeschränkt ein differenziertes und wertfreies Bild von der eigenen Religion vermitteln können.

Um die Unabhängigkeit staatlicher Schulen und der einzelnen Religionsgemeinschaften zu gewährleisten, streben wir daher die Anpassung von GG Art 7 an.

Begründung

Eingearbeitet, der Antrag ist ein Modul des Antrages für ein Positionspapier zum [Laizismus](#)

Sonstiger Antrag Nr.

Z031

Beantragt von

[georgberlin](#)

Titel

Ergänzungsantrag zu "Bundesweiter Betrieb von LiquidFeedback"

Antrag

Die Bundesversammlung möge in Ergänzung des Antrags "Bundesweiter Betrieb von LiquidFeedback" beschließen:

"Der bundesweite Betrieb von LiquidFeedback wird bis zur nächsten ordentlichen Bundesversammlung als Test gestartet.

Die für den Betrieb des bundesweiten Betriebs von LiquidFeedback Verantwortlichen sind gehalten, nach 9 Monaten, spätestens jedoch einen Monat vor der nächsten ordentlichen Bundesversammlung einen ausführlichen Bericht über den Betrieb, aufgetretenen Problemen, getätigten und geplanten Veränderungen sowie Vorschlägen ect. zum bundesweiten Betrieb von LiquidFeedback vorzulegen.

Die nächste ordentliche Bundesversammlung soll dann an Hand der Erfahrungen und des Berichts Weiteres beschließen."

Begründung

Dieser Antrag soll den Grundantrag zu Liquid Feedback betont unterstützen und allen, die Bedenken/Kritikpunkte haben, ermöglichen, **dafür** statt **dagegen** zu stimmen

Sonstiger Antrag Nr.

Z032

Beantragt vonSlash**Titel**

Nachweis der Verbundenheit zu den Kernpositionen der Piratenpartei für zukünftige programmatische Anträge

Antrag

Der Bundesvorstand möge beschließen, dass ab dem 17. Mai 2010 bei programmatischen Antragsstellungen eine Erläuterung formal erforderlich ist, die aufzeigt inwiefern das Antragsanliegen mit den Kernpositionierungen der Piratenpartei verbunden ist.

Begründung

Es raumt sich unzweifelhaft eine Themenerweiterung in der Piratenpartei bis zur nächsten Bundestagswahl an. Dies ist unsere wichtigste Bewährungsprobe; sie kann unser Durchstart, aber genau so gut auch unser Ende durch Spaltung einläutern. Und damit letzteres nicht geschieht, müssen wir uns auf das besinnen, was uns eint, weshalb wir alle hier sind: Unsere 3 Kernthemengebiete:

- Wahrung der Grund- und Bürgerrechte
- Echte Demokratie durch Transparenz und Mitbestimmung
- Freier Zugang zu Bildung und Kultur

Dieser Antrag soll genau hierzu formal Sorge tragen, indem er zukünftige Antragssteller nach dem ersten Bundesparteitag 2010 bei der Antragsstellung in die Pflicht nimmt, nachzuweisen, inwiefern sich ihr Anliegen im Einklang mit unseren Kernpositionierungen befinden. Allein durch die Verschiebung des Fokus bei der Antragsstellung hin zu diesem Gesichtspunkt ist bereits viel bei der Antragsausarbeitung und späteren Antragsbewertung getan, dass der Rote Faden der Piratenpartei kollektiv konsequent weitergesponnen statt verwässert wird.

Sonstiger Antrag Nr.

Z033

Beantragt von[nowrap](#)**Titel**

ReadOnly-WikiMirrors

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass die Bundes-IT beauftragt wird, alle Voraussetzungen zu schaffen, um vollständige ReadOnly-Mirrors des Bundes-Wiki zu erschaffen und sich kooperativ daran zu beteiligen.

Begründung

Bisher haben NRW und Hessen eigenständig ReadOnly-Mirror des Bundes-Wiki aufgesetzt. Allerdings fehlen diesen die Vorlagen und die hochgeladenen Dateien. Die Bundes-IT unterstützt diese Vorhaben ohne Angabe von Begründungen leider nicht. Das Wiki ist für uns als Partei egal auf welcher Ebene aber oft lebensnotwendig. Deswegen sind die Mirror-Server und deren Pflege und Updates eine sinnvolle Absicherung falls das Bundes-Wiki wiedermal ausfällt.

Sonstiger Antrag Nr.

Z034

Beantragt von[nowrap](#)**Titel**

Meinung der Basis

Antrag

Der Bundesparteitag möge den neuen Bundesvorstand beauftragen, einen Möglichkeit zu schaffen, wie die Basis bei Entscheidungen des Vorstands berücksichtigt werden kann.

Begründung

Dieser Antrag stellt sich etwas gegen den Antrag auf Einführung von LiquidFeedback. Er ist als offene Alternative gedacht, damit der neue Bundesvorstand Entscheidungen treffen kann, die auf breite Mehrheit der Piraten treffen. Dazu ist es notwendig die Meinung der Basis zu kennen. Es gibt bereits viele, teils unterschiedliche, Konzepte aus mehreren Landesverbänden. Dieser Antrag soll den neuen Bundesvorstand beauftragen sich aus den vorhandenen Konzepten und Ideen eines für die Bundesebene auszusuchen, zu testen und ggfs. auch umzusetzen und einzusetzen.

Sonstiger Antrag Nr.

Z035

Beantragt von

[Felix Kopinski](#)

Titel

Anerkennung des KV Bonn als "basisdemokratisches Plenum in Bonn zur Entscheidungsfindung bei kommunalpolitischen Fragen"

Antrag

Der BPT möge beschliessen, den durch die Mitgliederversammlung Bonn am 10.04.2010 gegründeten Kreisverband Bonn als "basisdemokratisches Plenum in Bonn zur Entscheidungsfindung bei kommunalpolitischen Fragen" im Sinne des von der Landesmitgliederversammlung NRW 2010.2 beschlossenen Antrags anzuerkennen.

Begründung

Durch den durch die gleiche Landesmitgliederversammlung beschlossenen §6a der Landessatzung NRW sieht sich der Landesvorstand derzeit nicht in der Lage, den Beschluss der LMV anzuerkennen.

[zum Protokoll LMV NRW 2010.2](#)

Sonstiger Antrag Nr.

Z036

Beantragt von

[Christian Hufgard](#)

Titel

Piratenkompass

Antrag

Der Bundesparteitag möge über folgenden Text abstimmen, um eine gemeinsame Grundlage zu finden, mit der sich alle Piraten identifizieren können.

Vor der Abstimmung der einzelnen Blöcke durch Wahl per Zustimmung, möge der Bundesparteitag beschliessen, dass die grundlegende Absicht besteht, eine gemeinsame Grundlage in Form eines kurzen Textes zu schaffen.

Abzustimmender Text

Wahl 1 (Titel)

PIRATENKOMPASS

oder:

PIRATENMANIFEST

Wahl 2: (Präambel)

Piraten lieben die Freiheit Wir sind davon überzeugt, dass die Würde des Menschen und seine Freiheit die höchsten menschlichen Güter sind.

Unter dem Begriff Freiheit verstehen wir unter anderem die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Presse, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Partnerwahl, die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes und die Religionsfreiheit. Diese Freiheiten gelten für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Freiheit ist keineswegs selbstverständlich. Sie musste über die Jahrhunderte gegen autoritäre Mächte, absolutistische Monarchen und totalitäre Diktatoren erkämpft werden. Auch heute muss die Freiheit immer wieder aufs Neue verteidigt werden: - gegen die Einführung eines Überwachungsstaates, der durch Verfahren wie Internetsperren, Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung seine Bürger immer stärker kontrolliert - gegen die ausufernde Bürokratie eines Staatsapparates, der unter dem Vorwand, sich um das Wohl seiner Bürger zu kümmern, ihre Freiheit immer stärker einschränkt. - gegen lobbygesteuerte Politik, die in Hinterzimmern stattfindet und Bürger vor vollendete Tatsachen stellt - gegen Diskriminierung, die Sündenböcke für strukturelle Probleme sucht

Block 1

Piraten stehen für die Werte der Aufklärung

Die Menschenwürde, die Meinungsfreiheit, die Demokratie, die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Gleichberechtigung der Geschlechter, Solidarität und das Prinzip der Trennung von Religion und Politik sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Wir verteidigen diese Werte der Aufklärung gegen jeden Angriff.

Block 2

Piraten stehen für die klare Trennung von Religion und Politik

Religiöse Anschauungen sind die Privatsache jedes Einzelnen und als solche zu respektieren und zu schützen. Dabei dürfen aber religiöse Ideologien keinen Einfluß auf die Politik als solche haben und finden ihre Grenzen in den individuellen Menschen- und Grundrechten der Bürger.

Block 3

Piraten stehen für direkte Demokratie

Das Volk muss die Möglichkeit bekommen, vom Parlament verabschiedete Gesetze per Volksbegehren ablehnen und ändern und eigene Gesetzesentwürfe einbringen zu können. Verbindliche Volksentscheide müssen auch auf Bundesebene von den Bürgern beantragt werden können. Ebenso muss es möglich sein, dass Bürger eigene Gesetzesentwürfe zur Abstimmung vorlegen können.

Block 4

Piraten stehen für die Solidargemeinschaft

Die Gesellschaft ist eine Solidargemeinschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren schützen. Ihr Ziel ist es, die Freiheit ihrer Mitglieder zu erhöhen und fördern. Gesetze, die in die Würde des Menschen eingreifen, damit er soziale Leistungen in Anspruch nehmen kann, lehnen wir entschieden ab. Die staatliche Solidargesellschaft muss für den Bürger transparent und kontrollierbar sein, er ist auch hier der Souverän.

Block 5

Piraten stehen für eine nachhaltige und soziale Marktwirtschaft

Wir sind davon überzeugt, dass eine an den Prinzipien der Nachhaltigkeit, sozialen Kriterien und Solidarität orientierte Marktwirtschaft das beste aller Wirtschaftssysteme ist. Das existierende System der freien Märkte krankt an einer falschen und undurchsichtigen Geldpolitik, die zu Inflation und stetig steigender Verschuldung führt. Die ihm innewohnende Wachstumsideologie ist nicht mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar.

Block 6

Piraten stehen für eine konsequente Korruptionsbekämpfung

In Deutschland ist Korruption auf allen Ebenen weit verbreitet. Der Schaden durch Korruption ist immens. Korruption kostet nicht nur Geld, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Wirtschaft und Politik. Die Antikorruptionsgesetze müssen weiter verschärft werden, Whistleblower effektiv vor Repressalien geschützt werden, die UN-Konvention gegen Korruption muß endlich durch Deutschland ratifiziert werden sowie Einführung einer Karenzzeit für ehemalige Spitzenpolitiker.

Block 7

Piraten stehen für eine wirksame Einschränkung des Lobbyismus

Solange die Vernetzung zwischen Politik und Wirtschaft im Dunkeln stattfindet, ist Lobbyismus undemokratisch und abzulehnen. Die Mitarbeit von betroffenen Unternehmen an Gesetzesentwürfen, mitunter sogar durch eigens entsandte Mitarbeiter in die Ministerien, ist einzudämmen - zumindest aber öffentlich zu machen. Die Einrichtung eines Lobbyisten-Registers ist dafür ein erster Schritt.

Block 8

Piraten kämpfen gegen den Obrigkeitsstaat

Wir sind gegen jede Form obrigkeitsstaatlichen Denkens, das sich zum Beispiel in Begriffen wie „Vater Staat“ oder „Staatsräson“ ausdrückt. "Der Staat" muss wieder zum Diener der Bevölkerung werden, so wie es dem Wesen der Demokratie entspricht. Transparenz und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind absolut notwendig, um einen übermächtigen Staat zu verhindern.

Begründung

Dieser Text soll eine etwas ausführlichere Grundlage über das Selbstverständnis der PIRATEN bieten.

Sonstiger Antrag Nr.

Z037

Beantragt von[TurBor](#)**Titel**

Redaktionelle Überarbeitung des Grundsatzprogramms

Antrag

Der Bundesparteitag 2010.1 möge dem Bundesvorstand den Auftrag erteilen, bis zum nächsten Bundesparteitag eine redaktionelle Bearbeitung des Grundsatzprogramms durchzuführen. Dabei sollten insbesondere die auf dem Bundesparteitag 2010.1 neu beschlossenen Programmpunkte in die Gesamtstruktur des Grundsatzprogramms eingebunden, von sprachlichen Mängeln bereinigt und stilistisch einheitlich gestaltet werden. Es dürfen keine inhaltlichen Veränderungen vorgenommen werden.

Das so überarbeitete Grundsatzprogramm muss, um Gültigkeit zu erlangen, am nächsten Bundesparteitag durch die Teilnehmer ratifiziert werden.

Begründung

Sollte sogar ein geringer Anteil der vorgeschlagenen Programmänderungsanträge angenommen werden, wird unser Grundsatzprogramm ziemlich chaotisch aussehen, wie z.B. [hier](#) dargestellt. Da die Anträge von sehr vielen verschiedenen Personen stammen, ist weder eine einheitliche Struktur noch ein einheitlicher Stil gewährleistet, dazu sind manche Anträge trotz inhaltlicher Stärke sprachlich mangelhaft.

Der Antrag zielt darauf ab, bereits auf dem BPT einen (verbindlichen) Auftrag an den Bundesvorstand zu erteilen, das Programm bis zum nächsten Bundesparteitag zu überarbeiten, damit wir dann die überarbeitete Version ratifizieren können. Es handelt sich dabei nicht um ein reines Korrekturlesen (Rechtschreib-/Grammatikfehler), da auch die Struktur sowie die stilistischen Gegebenheiten geändert werden sollten. Der Inhalt muss natürlich in vollem Umfang erhalten bleiben.

Sonstiger Antrag Nr.

Z039

Beantragt von[AndiPopp](#)**Titel**

Ressortkompetenzen für Beisitzer im Vorstand

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen die Beisitzerposten im Bundesvorstand einzeln zu wählen und jedem Posten ein Ressortzuweisung zu empfehlen, sofern nach der aktuellen Satzung oder einer vergleichbaren Regelung gewählt wird. Als Ressorts werden "Verwaltung", "Technik", "Öffentlichkeitsarbeit" und "Politische Arbeit" vom Antragsteller vorgeschlagen.

Begründung

Ich hatte den ursprünglichen Antrag zur Umstellung des BV gestellt. Die vorherige (dynamische) Festlegung von Ressorts war dabei fester Bestandteil des Konzepts. Leider wurde zwar der eigentliche Antrag mit großen Begeistern angenommen, aber die Zuweisung von Ressorts nicht durchgeführt. Der Effekt war, dass je zwei Beisitzer gewählt wurden, die sich sowohl für die Technik bzw. die Öffentlichkeitsarbeit interessierten. Die Verwaltungsarbeit sowie die politische Arbeit lag deshalb entsprechend blank.

Ziel muss es sein, den besten Kandidaten für eine bestimmte Tätigkeit zu finden, nicht einfach die Arbeit unter den "beliebten" Parteimitgliedern aufzuteilen. Die Kandidaten sollten aus eigenem Antrieb Ziele in den jeweiligen Bereichen verfolgen und sich nicht fühlen als würde ihnen etwas "aufgedrückt".

Sonstiger Antrag Nr.

Z040

Beantragt vonetz**Titel**

Antragsrecht zum Bundesvorstand - Empfehlung für dessen GO

Antrag

Dem Bundesvorstand wird empfohlen, in seiner Geschäftsordnung ein Antragsrecht zu BuVo-Sitzungen vorzusehen, das bei Antragstellung durch zehn Piraten eine Behandlung des Antrags auf der Bundesvorstandssitzung vorsieht. Die bisherige Praxis, zu Beginn einer BuVo-Sitzung über die Aufnahme von Anträgen aus der Mitgliedschaft in die Tagesordnung zu beschließen, bleibt davon unberührt.

Begründung

Ausgangspunkt der ganzen Debatte um AG-Rat, KoKo, Dach-AGs und was auch immer war ein in der Partei verbreiteter Unmut, der Bundesvorstand sei an der Arbeit der AGs nicht ausreichend interessiert. Ein in der Geschäftsordnung des BuVo verankertes Antragsrecht für ein Quorum von Mitgliedern kann jedenfalls dazu führen, dass Anträge an den BuVo von diesem auch behandelt werden müssen. Das sollte reichen, um den AGs Gehör zu verschaffen. Die alternativen Vorschläge, die diskutiert und zum Teil im Themenbereich Satzungsänderunganträge zum BPT eingebracht wurden, schaffen übermäßige Bürokratie und bauen demokratisch nicht legitimierte Hierarchien auf, die dem Wesen der Piratenpartei zuwiderlaufen. Der Antrag ist als Empfehlung formuliert, da der Bundesvorstand sich seine Geschäftsordnung selbst gibt. Er ist kein Satzungsänderungsantrag, da es einer Satzungsänderung zur erfolgreichen Umsetzung des Anliegens nicht bedarf.

Sonstiger Antrag Nr.

Z041

Beantragt von

Hase

Titel

Ehrenamtliche Vorstandsarbeit

Antrag

Die Arbeit des Vorstandes ist ehrenamtlich.
Der Parteitag weist den Vorstand an, sich für ein Jahr keine
Entschädigung für Arbeitszeit zu genehmigen.

Begründung

An sich ist der Antrag eine Tautologie, die Vorstandsarbeit ist
bisher ehrenamtlich gewesen und soll es auch bleiben.
Der Parteitag kann aber durch diesen Beschluss sicherstellen, dass
der Vorstand von der grundsätzlich vorhandenen Möglichkeit, auch die
Vorstandsarbeit zu entlohnen, keinen Gebrauch macht.

Sonstiger Antrag Nr.

Z042

Beantragt von[Boris Turovskiy](#)**Titel**

Ablehnung von "Positionspapieren"

Antrag

Der Bundesparteitag möge beschließen, alle gestellten sonstigen Anträge, welche programmatische Positionen und Aussagen darstellen, die nicht im Grundsatzprogramm enthalten bzw. direkt aus dem Grundsatzprogramm ableitbar sind, einheitlich abzulehnen. Die Liste solcher Anträge wird vom Organisationsteam des Bundesparteitags vorgestellt und kann durch den Bundesparteitag angepasst werden.

Begründung

Es mehren sich "sonstige Anträge", welche eigentlich eine - teils erhebliche - erweiterung des Programms bedeuten (Beispiele: [\[1\]](#), [\[2\]](#), [\[3\]](#), [\[4\]](#) - und weitere können ja jederzeit dazukommen...). Dadurch werden die Regeln, die wir uns zum Schutz unseres Programms selbst aufgestellt haben, umgangen. Zu diesen zählen die Einreichungsfrist, die es allen ermöglicht, im Voraus Kenntnis zu den Anträgen zu nehmen und eine Position dazu auszuarbeiten, die erforderliche 2/3-Quote, die eine breite Zustimmung der Piraten zum Grundsatzprogramm sicherstellt, und auch in der Antragsfabrik wird bei den "Sonstigen" seltener nachgeschaut als bei den Programmanträgen, was die "Tarnung" solcher Anträge noch erhöht. Somit sind solche Anträge ein Schmuggelversuch, der unseren programmatischen Zusammenhalt gefährdet und potentiell extrem schädliche Folgen haben kann. Deshalb müssen solche Anträge ohne eine Außeinandersetzung mit deren Inhalt abgelehnt werden, da deren Annahme de facto (aber nicht de jure) unabhängig von der Stimmenzahl eine illegitime Programmerweiterung darstellt.

Sonstiger Antrag Nr.

Z043

Beantragt von

Awitte

Titel

Versteigerung der Mitgliedsnummer 1422

Antrag

Es soll die Mitgliedsnummer des ehemaligen Bundesvorstandsmitgliedes Stefan König (Aaron) symbolisch zugunsten der Partei versteigert werden. Die Neuausstellung des Mitgliedsausweises mit der 1422 sollte ganz klar den Besitzer küren.

Begründung

Stefan König (aaron) hat vermutlich der Partei so sehr geschadet, dass die symbolische Enteignung und Versteigerung seiner Mitgliedsnummer wohl das beste Ende einer Karriere, die wohl nie hätte anfangen sollen, sein könnte.